

Sind Uni-Abgänger die besseren Lehrer?

Initiative Wer die Ausbildung zum Seklehrer ausschliesslich «nur» an einer Pädagogischen Hochschule absolviert, soll im Baselbiet keine Festanstellung mehr erhalten. Hier die wichtigsten Fakten zur Abstimmung vom 21. Mai

VON JULIA GOHL

1 Wie werden Sekundarlehrer im Baselbiet derzeit ausgebildet?

Es gibt zwei Möglichkeiten: die integrierte und die konsekutive Ausbildung. Bei der integrierten Variante absolvieren angehende Lehrer das gesamte Studium an der Pädagogischen Hochschule (PH), lassen sich für drei Fächer ausbilden und brauchen dafür mindestens neun Semester. Bei der konsekutiven Ausbildung wird zuerst ein Bachelor in meist zwei Fächern an einer Universität erworben und danach an der PH eine pädagogisch-didaktische Ausbildung absolviert. Das dauert mindestens zehn Semester.

2 Was möchte die Initiative «Ja zu fachlich kompetent ausgebildeten Lehrpersonen» ändern?

Die Initiative möchte festschreiben, dass nur noch Seklehrkräfte, die eine universitäre Ausbildung haben, Festanstellungen erhalten. Für Lehrer mit integrierter Ausbildung soll es nur noch befristete Anstellungsverträge geben. Damit möchten die Initianten erreichen, dass wieder vermehrt angehende Lehrer den Weg über die Universität einschlagen. Zurzeit entscheiden sich mehr für die integrierte Ausbildung.

3 Wer steht hinter der Initiative?

Lanciert wurde sie vom Komitee «Starke Schule beider Basel» rund um den Landrat der Grünen-Unabhängigen Jürg Wiedemann. Naheliegender: Die Grünen-Unabhängigen, die sich noch weitere Vorstandsmitglieder mit der «Starken Schule» teilen, sagen Ja.

4 Wer hat sich gegen die Initiative ausgesprochen?

Alle anderen Kantonalparteien, also BDP, CVP, EVP, FDP, GLP, Grüne, SP



Noch dominieren die Plakate der Befürworter die Baselbieter Strassen. Doch heute Donnerstag startet die Gegnerschaft ihre Nein-Kampagne.

KENNETH NARS

und SVP, haben die Nein-Parole gefasst. Im Landrat wurde die Initiative mit 75 zu 0 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. Auch der Regierungsrat tritt für ein Nein ein. Ausserdem ist die Baselbieter Schulratspräsidentenkonferenz gegen die Vorlage und aus der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission heraus hat sich ein Nein-Komitee gebil-

det, das sich heute an einer Pressekonferenz präsentieren wird.

5 Welche Argumente führen die Befürworter ins Feld?

An der PH werde das fachliche Wissen marginalisiert und die Bereiche Methodik, Didaktik und Psychologie bevorzugt. Dass führe dazu, dass Lehrer mit

integrierter Ausbildung nur ein sehr bescheidenes Fachwissen erwerben und im Schulalltag immer wieder an ihre Grenzen stossen. Es könne vorkommen, dass die begabtesten Schüler mehr Fachwissen als die Lehrer hätten.

6 Und womit argumentieren die Gegner?

Es gebe keine Studien, die belegen, dass eine universitäre Ausbildung der Lehrer besser für die Schüler sei. Ausserdem sei die fachliche Ausbildung an der PH der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) sehr gut. Weiter seien die verschiedenen Ausbildungen für den leistungsdifferenzierten Unterricht sinnvoll: Im Niveau P etwa sei eher ein intellektueller, im Niveau A ein pädagogischer Zugang zu den Schülern wichtig. Die Annahme der Initiative würde zudem die Kündigung der interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung der Ausbildungsabschlüsse von Lehrern bedeuten. Das könnte bedeuten, dass die Baselbieter Ausbildung in anderen Kantonen nicht mehr anerkannt würde. Und Lehrkräfte aus anderen Kantonen könnten im Baselbiet nur noch befristet eingestellt werden.

7 Welche Kostenfolgen hätte die Annahme der Initiative?

Hier gehen die Meinungen von Befürwortern und Gegnern auseinander. Erstere sagen, dass es sich bei der aktuellen Situation um eine teure Doppelspurigkeit handle. Die Verlagerung von der integrierten zur konsekutiven Ausbildung hätte Millioneneinsparungen an der PH zur Folge, ohne bei der Uni relevante Mehrkosten zu verursachen. Sämtliche Lehrgänge würden heute schon an der Uni geführt, und die Kapazitäten seien vorhanden. Die Regierung hingegen sagt, eine universitäre Ausbildung käme dem Kanton pro Studierenden teurer als eine Ausbildung an der PH. Ausserdem sei beim Neubau der FHNW in Muttens davon ausgegangen worden, dass dort alle Lehrerausbildungen der Region Basel stattfinden. Die Initiative könnte also eine Redimensionierung notwendig machen, während an der Uni Zusatzkosten für mehr Räumlichkeiten anfallen könnten.

Unsere Kinder haben gute Lehrer verdient

Die Pädagogischen Hochschule (PH) leistet nur eine ungenügende fachliche Ausbildung für angehende Seklehrer. Das muss sich ändern

Mit der Universität und der PH leisten wir uns heute zwei Bildungsinstitutionen, die beide Sekundarlehrpersonen fachlich ausbilden. Seit längerer Zeit kritisieren Schulen und Experten die Fachausbildung an der PH heftig, weil diese nur noch einem Bruchteil derjenigen der Universität entspricht. In Fächern wie Chemie, Biologie und Physik wird im Vergleich nur noch rund 10 Prozent Fachwissen vermittelt. Es wird damit in Kauf genommen, dass die angehenden Lehrpersonen ein sehr bescheidenes Fachwissen erwerben.

Die Folgen dieser «Fachausbildung light» sind an den Sekundarschulen deutlich spürbar. Lehrpersonen ohne universitäre Fachausbildung stossen im Schulalltag immer wieder an ihre Grenzen, insbesondere im progymnasialen Niveau. Es ist bedenklich, wenn Lehrpersonen teilweise weniger Ahnung vom Stoff haben als die begabtesten Schülerinnen. Die Leidtragenden sind sowohl Lernende als auch die Lehrbetriebe, wenn die Unterrichtsqualität an der Volksschule sinkt. Die PH legt ihr Schwergewicht auf Didaktik, Methodik, Psychologie und Forschung. Sie ist nicht in der Lage, angehende Lehrpersonen in denjenigen Fächern, die diese später an den Schulen unterrichten sollen, ausreichend auszubilden. Deshalb hat etwa der Kanton Zürich die Fach-

ausbildung seiner Sekundarlehrpersonen an die Universität ausgelagert. Gute Lehrpersonen erhalten wir dann, wenn die Studierenden die Fachausbildung an der Universität und die methodisch-didaktische Ausbildung an der PH absolvieren und damit von den Stärken beider Bildungsinstitute profitieren. Genau das möchte die Initiative «Ja zu fachlich kompetent ausgebildeten Lehrpersonen» erreichen.

Das strukturelle Defizit drückt schwer auf die Finanzen des Kantons. Mit den vorhandenen Mitteln müssen wir sorgsam umgehen: Während die Kosten der PH in den vergangenen Jahren explodiert sind, fehlt das Geld bei der Instandhaltung der Primar- und Sekundarschulen an allen Ecken und Enden. Verzichten wir auf eine Fachausbildung an der PH und damit auf eine teure Doppelspurigkeit, so könnten an der PH Millionenbeträge eingespart werden, ohne dass an der Universität relevante Mehrkosten entstehen, weil praktisch sämtliche Lehrgänge heute schon an der Universität geführt werden. Bei dieser Initiative geht es um nichts weniger als um den verantwortungsvollen Umgang mit unserem einzigen Rohstoff Bildung. Unsere Kinder haben gute Lehrpersonen und einen guten Unterricht verdient.



PRO

Alina Isler
Vorstand Komitee Starke Schule

DIE DEBATTE

Darum geht's:

Am 21. Mai entscheiden die Stimmberechtigten des Kantons Baselland über die Volksinitiative «Ja zu fachlich kompetent ausgebildeten Lehrpersonen». Sie verlangt, dass die Ausbildung der unbefristet angestellten Lehrerinnen und Lehrer an den Baselbieter Sekundarschulen verändert wird. Konkret sollen diese ein Studium an der Universität sowie eine einjährige pädagogische Ausbildung an einer Pädagogischen Hochschule absolvieren müssen. Durch eine stärkere Gewichtung der Fachausbildung an der Uni soll die Unterrichtsqualität steigen – so lautet die Idee der Initianten. Heute stehen angehenden Sekundarlehrerinnen und -lehrern zwei Ausbildungswege offen. Dies, weil an den Sekundarschulen die Schüler leistungsdifferenziert nach Niveaus (A, E und P) unterrichtet werden. Der Landrat hat die Initiative im Herbst 2016 mit 75 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. (HAJ)

Was ist Ihre Meinung?
Diskutieren Sie online mit.
Pro und Kontra

Keine Zweiklassengesellschaft unter den Baselbieter Lehrern

Bei einem Ja zur Initiative dürfte der Kanton hervorragende Lehrkräfte mit der «falschen» Ausbildung nicht mehr unbefristet anstellen

Selbstverständlich wollen auch wir kompetente Lehrpersonen, wer möchte dies nicht? Dennoch sagt die CVP am 21. Mai Nein zur Initiative «Ja zu fachlich kompetent ausgebildeten Lehrpersonen», denn diese Initiative ist der falsche Weg. Die Ausbildung der Lehrpersonen hat sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt – von den Lehrseminaren mit kantonalen Abschlüssen hin zu gesamtschweizerischen anerkannten Pädagogischen Hochschulen (PH). An der PH der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) wird eine integrierte sowie eine konsekutive Ausbildung zur Sekundarlehrperson angeboten. Integriert bedeutet, dass das ganze Studium an der PH stattfindet (drei Fächer, Dauer mindestens neun Semester). Der konsekutive Weg verlangt, dass das Studium zuerst an der Uni mit einem Bachelor abgeschlossen wird, worauf dann die pädagogisch-didaktische Ausbildung an der PH (zwei Fächer, mind. zehn Semester) folgt.

In der Deutschschweiz wird die Kombination beider Studiengänge nur an der PH FHNW angeboten – in der übrigen Schweiz setzt man grösstenteils auf die Ausbildung an den PH. Da in der Sekundarschule I leistungsdifferenziert nach Niveaus unterrichtet wird, macht dieser unterschiedliche Ausbildungsweg Sinn. Zudem bietet die Wahlmög-

lichkeit den angehenden Lehrpersonen in unserer Region den Vorteil, dass beide Ausbildungswege offenstehen, und die Schulleitungen bei der Anstellung von Lehrkräften flexibler sind. Die Initiative fordert, dass alle Lehrpersonen ein Studium an der Uni und eine einjährige pädagogische Ausbildung an der PH absolvieren müssen. Nur dann könnten sie eine unbefristete Anstellung an einer Baselbieter Sekundarschule erhalten.

Damit würde sich der Kanton auf dem Arbeitsmarkt isolieren und unattraktiv werden. Ausserdem würden die Diplome der integrativ ausgebildeten Junglehrpersonen im Kanton nicht mehr als vollwertig anerkannt. Damit würde eine Zweiklassengesellschaft entstehen, und hervorragende Lehrkräfte könnten nicht mehr unbefristet angestellt werden. Lehrpersonen, die «nur» eine Ausbildung an der PH durchlaufen haben, müssten in andere Kantone abwandern. Was für ein Widerspruch, da bisher die integrative Ausbildung von der PH der FHNW angeboten worden ist! Wir würden uns selber ins Abseits stellen, da unsere zukünftigen Lehrpersonen keine freie Ausbildungswahl mehr an der FHNW hätten. Auch der Landrat empfiehlt ein Nein – damit unsere Lehrpersonen weiterhin fachlich und pädagogisch gut ausgebildet sind.



KONTRA

Béatrix von Sury
CVP-Landrätin, Reinach

Es läuft wie geschmiert

Liestal Die neue Filiale der Bäckerei Ziegler bestätigt: Bahnhofsareal ist ein Boom-Gebiet

VON ANDREAS HIRSBRUNNER

Da hat die Liestaler Bäcker-Familie Ziegler ein gutes Näschen bewiesen: Die neuste Filiale, die Vater Fredi und die beiden Söhne Marius und Reto vor etwas mehr als einem Jahr eröffnet haben, läuft seit dem ersten Tag wie geschmiert. Und das hat für Liestal übergeordnete Bedeutung, denn diese Filiale steht am Bahnhof, also in jenem Boom-Gebiet, auf dessen Entwicklung etliche Detaillisten im Stedtl mit Argus-Augen schielen. Dies aus Angst, der Bahnhof könnte dem bisherigen Zentrum Altstadt den Rang ablaufen.

Marius Ziegler (36), der seinem Vater als Vorsitzender der vierköpfigen Geschäftsleitung der Ziegler Brot AG auf Anfang 2019 nachfolgt, sagt zur neuen Bahnhofs-Filiale: «Wir müssen dorthin, wo die Leute sind. Während der Woche herrscht hier in unserem Laden ab 5.30 Uhr morgens ein toller Stress, wenn die ankommenden Busse die Leute direkt vor der Türe ausladen. Die Erwartun-

«Im neuen Laden herrscht ein toller Stress, wenn die Busse die Leute direkt vor der Türe ausladen.»

Marius Ziegler Mitglied der Geschäftsleitung

gen haben sich mehr als erfüllt.» Doch der Erfolg kam für Ziegler nicht von alleine, sondern ist das Resultat eines langen Sondierungsprozesses. Weil das Einkaufsverhalten der Kunden und damit auch die Bäckerbranche im Umbruch seien, hätten sie vor rund sechs Jahren begonnen, sich am Bahnhof nach einer Lokalität umzusehen. Zuerst sei das Uno-Gebäude, dann der noch zentraler gelegene Bau der Migros-Pensionskasse direkt vis-à-vis des Bahnhofs im Fokus gestanden, erzählt Marius Ziegler.

Nicht auf Kosten des Stedtli

Mittlerweile ist der Umsatz in der Bahnhofs-Filiale mehr als doppelt so hoch wie jener im traditionellen Geschäft mitten im Stedtl, womit die Bahnhofs-Filiale das Kronjuwel in Ziegler Laden-Kette geworden ist. Diese besteht aus zehn Verkaufsstellen in beiden Basel. Interessanterweise hat aber die Bäckerei in der Liestaler Altstadt kaum gelitten unter jener am Bahnhof.



Die neue Bäckerei-Filiale am Liestaler Bahnhof macht Marius Ziegler Freude. Da liefert er gerne Brot nach.

NICOLE NARS-ZIMMER

Ziegler: «Der Umsatz ist mehr oder weniger konstant. Erst jetzt ist er wegen der Bauerei an der Rathausstrasse im einstelligen Prozentbereich gesunken.»

Marius Ziegler erklärt sich das mit dem unterschiedlichen Publikum; am Bahnhof kauften vor allem Pendler, im Stedtl Stammkunden ein. Er plant

denn bei Letzterem auch keine Änderungen, sondern schaut hoffnungsvoll vorwärts, wenn die umgebaute Rathausstrasse ab Dezember als Flaniermeile daher kommt.

Die über 70 Jahre alte Bäckerei Ziegler beschäftigt heute in ihrer zentralen Backstube in Liestal und den zehn Filialen 75 Personen. Damit gehört sie zu den Grossen in der Region, die vom Sutter Begg, der vor allem in Basel stark ist, und der Grellinger Bäckerei Kübler mit ebenfalls zahlreichen Filialen angeführt werden. Dass Ziegler Brot zu diesem Kreis zählt, ist nicht selbstverständlich. Denn in den 1990er-Jahren durchlief die Firma eine Krise mit Personalabbau, als bestehende Lieferverträge von Grossabnehmern wie Waro oder Denner gekündigt wurden. Marius Ziegler sagt: «Wir haben uns wieder aufgefangen. Aber wir müssen immer vorausschauen und uns den Kundenbedürfnissen anpassen. Zuerst steht dabei, die Qualität zu halten und die Arbeitsplätze zu sichern.»

Stets neue Produkte nötig

Gefragt sei innovatives Handeln. Wer nur noch Brot und Weggli backe, sei weg vom Fenster. Deshalb habe sich Ziegler Brot zu einem Gastrobäcker mit einem reichhaltigen Angebot und immer wieder neuen Produkten entwickelt. Zu Letzteren zählt Marius Ziegler das «Zermatter Bergführerbrot», das sein Betrieb in Lizenz einer Zermatter Bäckerei herstellt, und ein selbst kreierter «Lemon-Pie», der in den nächsten Wochen in die Läden kommt. Ziegler betont: «Das alles gelingt nur dank unserer Mitarbeiter.»

Eine andere aktuelle Herausforderung seiner Branche ist für Ziegler der Ruf nach gluten- und lactosefreien Produkten. Vor allem glutenfrei, das heisst ohne Getreidebestandteile zu produzieren, sei aber sehr heikel und bedinge eine separate Produktionsstrasse. Das lohne sich im Moment für seinen Betrieb nicht, weshalb man mit einer Partnerbäckerei zusammenarbeite.

Der stete Wandel gehört auch zu Marius Ziegler's eigenem Leben: Er, der in der elterlichen Backstube aufgewachsen ist, lernte Schreiner, bildete sich zum technischen Kaufmann weiter und stieg im Familienbetrieb vom nebenamtlichen Chauffeur bis zum designierten Geschäftsführer auf.

NACHRICHTEN

BAUDIREKTION 2016 «bescheidenes» Beschaffungsvolumen

Das Beschaffungsvolumen der Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) betrug letztes Jahr rund 117 Millionen Franken. 60 Prozent der Aufträge blieben im Kanton Baselland. Das Beschaffungsvolumen sei 2016 gegenüber den Vorjahren eher «bescheiden» ausgefallen, teilt die BUD mit. Anteilsmässig entfielen 60 Prozent auf Bau- und 30 Prozent auf Dienstleistungsaufträge. (BZ)

BIRSFELDEN Jahresrechnung mit roten Zahlen

Die Gemeinde Birsfelden schliesst das Jahr 2016 mit einem Verlust von 5,74 Millionen Franken ab. Damit wird das Budget, das einen Verlust von 2,7 Millionen vorgesehen hatte, um gut 3 Millionen Franken überschritten – wegen der Pensionskasse. Der Gemeinderat hält fest, dass aus den beiden Sanierungspaketen 2014 und 2016 eine nachhaltige Entlastungswirkung von jährlich total 2,9 Millionen hervorgegangen ist. (BZ)

KREISSCHULE HOMBURG Mittagstisch wurde eingestellt

Der Mittagstisch der Kreisschule Homburg findet seit letzter Woche nicht mehr statt. Dies meldet das Mittagstisch-Team. «Wir sind der Meinung, der Mittagstisch sollte von allen Kreisschulgemeinden unterstützt und mitgetragen werden. Leider zeigen einige der Kreisschulgemeinden wenig Interesse an unserem Angebot», bedauert das Team in einer Mitteilung. Um das finanzielle Risiko bei geringen Teilnehmezahlen aufzufangen, wäre eine Defizitgarantie aller Kreisschulgemeinden nötig gewesen. Darüber konnten sich die fünf Gemeinden Buckten, Häfelfingen, Känerkinden, Rümelingen und Wittinsburg jedoch nicht einigen. Zuletzt besuchten bloss zwölf Kinder aus sieben Familien regelmässig den Mittagstisch. (BZ)

NEUES AMT Sonja Wieland nun auch Pfarrerin in Arisdorf

Seit Anfang Jahr ist Sonja Wieland zusätzlich zu ihrem Pfarramt in Wintersingen-Nussdorf auch in einem 30-Prozent-Pensum Pfarrerin der Kirchgemeinde Arisdorf-Giebenach-Hersberg. Die Zusammenarbeit über die Kirchgemeindegrenzen hinweg gestaltet sich aus Sicht der Verantwortlichen bis jetzt «sehr gut». Kommenden Sonntag findet die feierliche Amtseinführung in der reformierten Kirche Arisdorf statt. Sonja Wieland ist 1963 geboren und hat an der Universität Zürich Theologie studiert. Sie wurde 2000 zur evangelisch-reformierten Pfarrerin ordiniert. (BZ)

FÜLLINSDORF Von Kantonalbank enttäuscht

Der Füllinsdörfli Gemeinderat ist enttäuscht darüber, dass die Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB) ihre Niederlassung Schönthal 2018 zu einer Selbstbedienungsbank, die personell nicht mehr besetzt ist, umbauen will. Er hat dies der BLKB-Geschäftsleitung mitgeteilt. «Wir erachten den Dienstleistungsabbau bezüglich Schalterangebot, insbesondere für unsere ältere Einwohnerschaft, als sehr einschneidend und nicht kundenfreundlich», schreibt der Gemeinderat im Füllinsdörfli Amtsblatt. Die Kantonalbank hat Ende März darüber informiert, dass sie ihr Filialnetz dem veränderten Kundenverhalten anpassen will. (BZ)

KANTONALSCHWINGFEST Läufelfingen ist 2019 Gastgeber

Das Basellandschaftliche Kantonal-schwingfest 2019 wird in Läufelfingen durchgeführt. Dies ist dem Läufelfinger Mitteilungsblatt zu entnehmen. Das diesjährige Kantonal-schwingfest findet am 18. Juni in Oberdorf statt. (BZ)

Freispruch zweiter Klasse für etwas zu hilfsbereiten Spitalpfleger

Bizzarrer Fall Ein Pfleger im Kantonsspital Liestal befriedigte einen 80-jährigen dementen Patienten sexuell. Das sei zwar unprofessionell, aber nicht strafbar, befand das Baselbieter Strafgericht in Muttenz.

VON PATRICK RUDIN

Es geschah während der Spätschicht um 21 Uhr: Im Januar 2014 beobachtete eine Pflegefachfrau im Kantonsspital Liestal, wie ein Arbeitskollege seine Hand am Penis eines 80-jährigen Patienten hatte und eindeutige Bewegungen machte. Danach stellte sie ihn zur Rede, er gab die Sache zu und verlor anschliessend seinen Job. Heute arbeitet er in einem Altersheim, sein Arbeitgeber weiss nichts von der Geschichte.

Strafrechtlich wurde die Angelegenheit gestern im Strafgericht in Muttenz aufgearbeitet. Der heute 24-jährige Fachangestellte für Gesundheit sagte vor Gericht, der 80-Jährige habe den Wunsch nach sexueller Befriedigung selbst geäussert. «Er sagte jeweils auch klar, wenn er etwas trinken wollte. Der Patient hat Wünsche und Sehnsüchte geäussert. Und ich bin dem nachge-

«Der Patient hat Wünsche und Sehnsüchte geäussert. Und ich bin dem nachgekommen.»

Angeklagter

kommen.» Nach ungefähr zwei bis drei Minuten habe er die Sache aber abgebrochen, weil ihm erst dann bewusst geworden war, was er eigentlich angestellt hatte. Allerdings wusste er auch, dass der 80-Jährige oft verwirrt war.

Der 80-jährige Patient befand sich wegen einer fortgeschrittenen Demenzerkrankung in der Psychiatrischen Klinik, wurde aber nach einer Lungenentzündung für ein paar Tage ins Kantonsspital verlegt. Wenige Tage nach dem Vorfall kehrte er zurück in die Psychiatrie. Befragt werden konnte er allerdings nicht mehr zu dem Vorfall, weil er wenige Wochen später verstorben ist. Ein Gutachten der zuständigen Oberärztin spricht davon, dass der 80-Jährige während der gesamten Dauer urteilsunfähig gewesen war.

Tadel vom Gerichtspräsidenten

Der Sohn des Verstorbenen verfolgte den Prozess mit, von den Vorwürfen erfuhr er aber erst nach der Beerdigung, als die Baselbieter Staatsanwaltschaft die Familie kontaktierte. «Für mich ist unerträglich, dass dieser Mensch jetzt in einem Altersheim arbeitet», bemerkte er am Rande des Prozesses.

Staatsanwältin Stephanie Münger beantragte eine Bewährungsstrafe von 14 Monaten wegen Schändung, dazu sei ein Berufs-

verbot für zwölf Monate zu verhängen. «Übt er die Tätigkeit weiterhin aus, ist zu befürchten, dass es zu weiteren Übergriffen kommt», so Münger. Verteidiger Philippe Häner hingegen betonte, für eine Verurteilung wegen Schändung sei nicht nur eine sexuelle Handlung mit einer urteilsunfähigen Person, sondern explizit ein «Missbrauch» nachzuweisen. «Wie soll er ihn auf eigenes Verlangen hin missbrauchen können?», fragte der Anwalt.

Das sah auch das Dreiergericht o und sprach den 24-Jährigen frei. «Sie haben falsch und unprofessionell gehandelt», tadelte Gerichtspräsident Adrian Jent. Doch beim Tatbestand der Schändung gehe es um konkreten Missbrauch, und dieser sei hier nicht eindeutig nachgewiesen. Jent betonte, die Abgrenzungen wären durchaus heikel. «Es würde sich dann auch die Frage stellen, ob jegliche sexuellen Kontakte von urteilsunfähigen Personen zu professionellen Berührerinnen strafrechtlich zu verfolgen wären.»

Da der 24-Jährige das ganze Verfahren durch die Verletzung seiner Berufspflichten ins Rollen gebracht hatte, muss er trotz des Freispruches die Verfahrenskosten von über 10 000 Franken übernehmen, dazu kommt das Honorar für den eigenen Verteidiger. Die Staatsanwältin kann den Freispruch noch weiterziehen.